

GEMEINSAMER RUNDBRIEF der **REGIONALEN FACHBERATER** für das **Fach SOZIALKUNDE**

An die Fachkonferenzleiterinnen und Fachkonferenzleiter für das Fach Sozialkunde (G9, G8, IGS, Kollegs, Abendgymnasien, Waldorfschulen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
zum Beginn des neuen Schuljahres senden wir Regionalen Fachberater des Faches Sozialkunde Ihnen eine Zusammenstellung mit neuesten Informationen zum Fach, zu Fortbildungen, interessanten Publikationen oder anstehenden Wettbewerben zu. Wir hoffen mit dem gemeinsamen Rundbrief allen Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz eine gemeinsame Informationsbasis schaffen zu können, die auch Erfahrungen aus Regionen außerhalb des eigenen Sprengels zugänglich macht.

Einen Teil der Sommerferien nutzten viele Kolleginnen und Kollegen für die Planung und Konzeption des schriftlichen Abiturs 2024. Berücksichtigen Sie dazu bitte die Vorgaben in den fachspezifischen Hinweisen im aktuellen Rundschreiben zur Abiturprüfungsordnung. Dieses können Sie auf dem Bildungsserver unter folgendem Link <http://gymnasium.bildung-rp.de/rechtsgrundlagen.html> abrufen. Dort finden Sie auch die **verbindliche Checkliste**, die Sie bitte mit Ihren Abiturthemen einreichen. **Bitte beachten Sie, dass die Checkliste nicht nur dazu dient, Sie über die formalen Vorgaben zu informieren, sondern dass diese auch verpflichtend umgesetzt werden müssen, damit eine Vergleichbarkeit der eingereichten Vorschläge erreicht werden kann.**



Bei Fragen zum Fach wenden Sie sich weiterhin an den für Sie zuständigen Fachberater. In der folgenden Aufstellung finden Sie die Kontaktdaten und die regionale Zuteilung der Fachberater Sozialkunde für Rheinland-Pfalz.

Weiterführende Informationen finden Sie auch auf unserer Webseite: <https://rfb.bildung-rp.de/sozialkunde.html>.

Hans Allmendinger (Fachberater für die Region Pfalz)
Otto-Hahn-Gymnasium Landau
Westring 11
76829 Landau
Tel.: 06341-134800
Mail: hans.allmendinger@beratung.bildung-rp.de

Dietmar Schug (Fachberater für die Region Koblenz Nord)
Erick-Klausener-Gymnasium
Dr. Klausener Straße 42-44
53518 Adenau
Tel.: 02691-92120
Mail: dietmar.schug@beratung.bildung-rp.de

Michael Sauer (Fachberater für die Region Rheinhessen)
Heinrich-Böll-Gymnasium
Karolina-Burger-Straße 42
67065 Ludwigshafen
Tel.: 0621-425730 oder – 38
Mail: michael.sauer@beratung.bildung-rp.de

Stefan Follmann (Fachberater für die Region Trier)
Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Schweich
Dietrich-Bonhoeffer-Straße 1
54338 Schweich
Tel.: 06502-93980
Mail: stefan.follmann@beratung.bildung-rp.de

Uwe Franke (Fachberater für die Region Koblenz Süd)
Gymnasium am Römerkastell
Heidenmauer 14
55543 Bad Kreuznach
Tel.: 0671/66464
Mail: uwe.franke@beratung.bildung-rp.de (muss noch freigeschaltet werden)
Bis dahin ist Uwe Franke unter folgender Mailadresse zu erreichen: franke@roeka-kh.de



In eigener Sache

Wir möchten Sie auf große personelle Veränderungen in der Gruppe der RFB Sozialkunde hingewiesen, die seit dem 01.08.2023 gültig sind. Sowohl **Klaus Barheier (Bezirk Trier)** als auch **Horst Blaesy (Bezirk Koblenz Süd)** gingen zum 31.07. 2023 in den wohlverdienten Ruhestand. Sie haben über Jahre hinweg in ihrer Funktion als Regionale Fachberater das Fach Sozialkunde und die politische Bildung in Rheinland-Pfalz mitgeprägt. Die Fachberatergruppe verliert zwei Kollegen, die durch ihre vertrauensvolle und freundschaftliche Art dazu beigetragen haben, dass die Freude und der Spaß bei der Arbeit niemals zu kurz kamen.

In ihre Fußstapfen werden zwei neue Kollegen treten, die sich mit dem Beginn des neuen Schuljahres erfolgreich als Nachfolger beworben haben und die wir hier herzlich begrüßen dürfen:

Für den **Bezirk Trier** wird dies **Stefan Follmann** sein (Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Schweich). Bevor er sich um die Stelle als Fachberater beworben hat, war er von 2014 bis 2015 Lehrbeauftragter Fachleiter für Sozialkunde am Studienseminar Trier / Teildienststelle Daun. Von 2018 bis 2020 war er als Lehrkraft für besondere Aufgaben für die Fachdidaktik Sozialkunde an der Universität Trier tätig. Seit 2021 arbeitet er als Dozent in der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung im Bereich Politische Bildung (PL).

Für den **Bezirk Koblenz Süd** tritt **Uwe Franke** (Gymnasium am Römerkastell Bad Kreuznach) die Nachfolge von Horst Blaesy an. Er ist seit 2007 abgeordnete Lehrkraft in der Fachdidaktik Sozialkunde am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz und arbeitet zeitweise als Lehrbeauftragter Fachleiter für Sozialkunde am Studienseminar Bad Kreuznach.

Vorausschauend sei noch darauf hingewiesen, dass zum Halbjahr des neuen Schuljahres mit **Dietmar Schug (Bezirk Koblenz Nord)** ein weiteres fachliches Schwergewicht unsere Gruppe verlassen wird. Für ihn gelten dieselben anerkennenden Worte wie für die oben genannten ehemaligen Kollegen. Wir hoffen, dass auch diese Stelle ohne Verzögerung neu besetzt wird, so dass eine kontinuierliche Beratung in diesem Bezirk gewährleistet bleibt.

Trotz aller einschneidender personeller Veränderungen werden die bewährten **Fortbildungen zum schriftlichen und mündlichen Abitur** selbstverständlich weitergeführt. Die nördlichen Bezirke haben dies schon vor den Sommerferien getan. Die südlichen Bezirke bieten ihre Veranstaltungen, die natürlich für alle Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz offen sind, am **21. September 2023 (schriftliches Abitur)** und **04. Dezember 2023 (mündliches Abitur)** im PL in Speyer an.

Neuer Lehrplan S II

Ab diesem Schuljahr ist der neue Lehrplan der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer für die MSS gültig. Er wird in den nächsten drei Jahren ab der Jahrgangsstufe 11 aufsteigen, so dass im Schuljahr 2025/2026 das erste Abitur auf Grundlage des neuen Lehrplanes stattfinden wird. Den Lehrplan können sie auf dem Bildungsserver einsehen und gegebenenfalls herunterladen (<https://lehrplaene.bildung-rp.de/>). Eine Printausgabe ist (leider) nicht vorgesehen.



Im vergangenen Schuljahr hat die Fachdidaktische Kommission in Zusammenarbeit mit den Regionalen Fachberatern verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, die zum einen der grundlegenden Information dienen (regionale Fachdienstbesprechungen mit den Fachkonferenzleitungen), andererseits aber auch in die Arbeit mit dem neuen Lehrplan einführen sollten (Fortbildungsveranstaltungen mit dem PL). Dabei wurde darauf geachtet, dass in allen Regionen die Möglichkeit besteht, an einer oder mehreren dieser Fortbildungen teilnehmen zu können.

In diesem Zusammenhang wurde von den Kollegen und Kolleginnen, die in der FDK mitgearbeitet haben, ein Padlet erstellt, das den Kolleginnen und Kollegen im Lande als Informationsgrundlage zum neuen Lehrplan dienen soll. Darin ist sowohl der aktuelle Lehrplan zu finden als auch die Materialien, die im Zusammenhang mit den Fortbildungen entstanden sind (<https://padlet.com/comagic/fdk-lehrplan-sk-ii-lehrplan-und-arbeiten-mit-dem-lehrplan-ddpssggfdrnod22a>).

Fortbildungen

Im kommenden Schuljahr plant das PL weitere Fortbildungen zum neuen Lehrplan. Bitte erkundigen Sie sich auf der dortigen Homepage nach den neuesten Angeboten (<https://evewa.bildung-rp.de/veranstaltungskatalog>).

Mit etwas weniger Aufwand können Sie auch auf unsere Beraterseite gehen und unter Fortbildungen immer die aktuellen Angebote einsehen (<https://rfb.bildung-rp.de/sozialkunde/veranstaltungen-und-termine.html>). Hier sind auch Fortbildungsanbieter aufgeführt, die über das PL hinaus interessante Veranstaltungen für Politiklehrerinnen und -lehrer durchführen:

Uni Mainz: <https://www.zww.uni-mainz.de/weiterbildungsangebote-im-ueberblick/lehrkraeftefortbildungen/>

ILF Mainz: <https://www.ilf-mainz.de/veranstaltungen/>

Weiterbildungszentrum Ingelheim: <https://www.wbz-ingelheim.de/fridtjof-nansen-akademie/veranstaltungen/>

EFWI Landau: <https://www.efwi.de/startseite>

Auszüge:

Datum	Ort	Titel	Anmeldung/Hinweise
21.09.2023	Speyer	Das schriftliche Abitur im Fach Sozialkunde	Anmeldung über Fortbildung online
22.09.	Ingelheim/Karlsruhe	Exkursion zum Bundesverfassungsgericht	Anmeldung über die Fridtjof-Nansen-Akademie
6./7.10.2023	Ingelheim	(Des-)Information als Waffe Hybrider Kriegsführung -	Anmeldung über die Fridtjof-Nansen-Akademie



		Das Beispiel des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine	
10.10.2023	Trier	Künstliche Intelligenz im Sozialkundeunterricht – Methodische und inhaltliche Herausforderungen produktiv umsetzen	Anmeldung über Fortbildung online
12.10.2023	Ingelheim	18. Demokratietag Rheinland-Pfalz	Anmeldung über Fortbildung online
2.-4.11.2023	Weimar	15. Bundeskongress Politische Bildung „Gegenwartsdeutungen – Zukunftserzählungen Politische Bildung in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche“	Anmeldungen über die BpB.
7.11.2023	Koblenz	Künstliche Intelligenz im Sozialkundeunterricht – Methodische und inhaltliche Herausforderungen produktiv umsetzen	Anmeldung über Fortbildung online
23./24.11.2023	Landau	23. Tage der Politischen Bildung: Neue Welt(-un-)ordnung?! – Strukturen und Akteure in der internationalen Politik	Anmeldung bis <u>30.10.2023</u> über Fortbildung online
4.12.2023	Speyer	Das mündliche Abitur im Fach Sozialkunde	Anmeldung über Fortbildung online
5. oder 7.12.2023	Speyer	Künstliche Intelligenz im Sozialkundeunterricht – Methodische und inhaltliche Herausforderungen produktiv umsetzen	Anmeldung über Fortbildung online
14.12.2023	Mainz	Demokratie-Lernen an Schulen – Einführung in ein Trainingskonzept	Anmeldung über Fortbildung online
10. – 18.2.2024	Jerusalem u.a.	Studienreise: Israel-Palästina: Perspektiven auf den Nahostkonflikt	Anmeldungen/Rückfragen an michael.sauer@dvpb-rlp.de (Link zum Infolyer)



Fortbildungsangebote im Rahmen der Implementierung

Hinweis: Bitte beachten Sie neuen Veranstaltungen der Reihe „Wissenschaftliche Impulse“. Sie erkennen diese durch die **Hervorhebung** der Veranstaltungsnummer.

Erdkunde Geschichte Sozialkunde

Datum	VA-Nr.	Ort	Titel
20.04.2023	231332F010	Bad Kreuznach	
20.04.2023	231332F009	Höhr-Grenzh.	
27.04.2023	231332F003	Speyer	Neuer Lehrplan Erdkunde Sek. II – Grundlagen und Umsetzung von Lernfeldern
10.05.2023	231332F001	Montabaur	
15.05.2023	231332F012	Kaiserslautern	
16.05.2023	231332F002	Wittlich	
22.06.2023	231332F018	Höhr-Grenzh.	
10.10.2023	231333Y003	Online	Migration
12.10.2023	231333Y006	Online	China im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht multiperspektivisch betrachtet
06.11.2023	2313320011	Speyer	Transformative Bildung

Erdkunde Geschichte Sozialkunde

Datum	VA-Nr.	Ort	Titel
20.03.2023	231331F004	Speyer	Wahlmodul Imperien im Vergleich
23.03.2023	231331F002	Bad Kreuznach	Revolution und Reform im China des 20. Jahrhunderts
23.03.2023	231331F012	Trier	Einführung in den neuen Lehrplan
27.03.2023	231331F010	Koblenz	Wahlmodul Imperien im Vergleich
18.04.2023	231331F011	Bad Kreuznach	Einführung in den neuen Lehrplan
09.05.2023	231331F007	Bad Kreuznach	Attische Demokratie und Römische Republik – Antike Volksherrschaften?
16.05.2023	231331F016	Bad Kreuznach	regionales Arbeitstreffen zum neuen Lehrplan
12.06.2023	231331F005	Bad Kreuznach	Einführung in den neuen Lehrplan
13.06.2023	231331F015	Speyer	regionales Arbeitstreffen zum neuen Lehrplan
19.06.2023	231331F013	Bad Kreuznach	Wahlmodul Imperien im Vergleich
21.06.2023	231331F017	Trier	regionales Arbeitstreffen zum neuen Lehrplan



22.06.2023	231331F006	Koblenz	Revolution und Reform im China des 20. Jahrhunderts
28.06.2023	231331F014	Bad Kreuznach	Einführung in den neuen Lehrplan
03.07.2023	231331F018	Speyer	regionales Arbeitstreffen zum neuen Lehrplan
03.07.2023	231331F019	Koblenz	regionales Arbeitstreffen zum neuen Lehrplan
28.09.2023	231333Y007	Online	Historische Emanzipationsbewegung und aktuelle Situation Schwarzer Menschen in den USA und Deutschland im Vergleich
10.10.2023	231331F020	Bad Kreuznach	Revolution und Reform im China des 20. Jahrhunderts
12.10.2023	231333Y006	Online	China im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht multiperspektivisch betrachtet
16.11.2023	231333Y002	Online	Die China-Strategie der Bundesrepublik Deutschland und die Taiwan-Problematik
Nov/Dez	231333Y005	Online	Klassiker der Staatstheorie und -philosophie

Erdkunde Geschichte **Sozialkunde**

Datum	VA-Nr.	Ort	Titel
21.03.2023	231333F011	Mainz	
22.03.2023	231333F006	Bad Kreuznach	
23.03.2023	231333F007	Speyer	Praxismodule zum neuen Lehrplan in der Sekundarstufe II im Fach Sozialkunde
17.04.2023	231333F004	Speyer	Hinweis: In jeder Veranstaltung werden mehrere Wahlmodule angeboten.
13.06.2023	231333F012	Speyer	
20.06.2023	231333F013	Trier/Schweich	
28.09.2023	231333Y007	Online	Historische Emanzipationsbewegung und aktuelle Situation Schwarzer Menschen in den USA und Deutschland im Vergleich
10.10.2023	231333Y003	Online	Migration
12.10.2023	231333Y006	Online	China im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht multiperspektivisch betrachtet
16.11.2023	231333Y002	Online	Die China-Strategie der Bundesrepublik Deutschland und die Taiwan-Problematik
21.11.2023	231333Y010	Online	Digitalisierung und technologische Transformation
Nov/Dez	231333Y005	Online	Klassiker der Staatstheorie und -philosophie

Anmeldung und weitere Informationen zu diesen und allen weiteren Fortbildungen im Bereich der Gesellschaftswissenschaften unter: <https://evewa.bildung-rp.de/>



Neben den Hinweisen zu den Fortbildungsmöglichkeiten finden Sie auch alle möglichen rechtlichen, didaktischen und darüberhinausgehenden Informationen rund um das Schulfach Sozialkunde in Rheinland-Pfalz auf unserer Homepage und die Kontaktmöglichkeiten zu Ihren Regionalen Fachberatern (<https://rfb.bildung-rp.de/sozialkunde/kontakt.html>).

Besprechungen (Dietmar Schug)

Deutschland und Europa

Demokratie in Krisenzeiten – Herausforderungen und Chancen Herausforderung und Chancen Heft 84-2022

Inwiefern setzen die aktuellen Krisen die Demokratie noch stärker als bisher unter Druck? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein neues Heft der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB). Die neue Ausgabe umfasst acht fachwissenschaftliche Aufsätze renommierter Autorinnen und Autoren, die u. a. die „Krise der Demokratie“ empirisch überprüfen. Zentrale Herausforderungen werden angesprochen, so die Corona-Proteste oder die schwindende Bedeutung der Volksparteien. Zwei Beiträge thematisieren mögliche Ursachen der Krisensymptome wie die politische Ungleichheit, nicht nur in Deutschland, und das Demokratiedefizit auf EU-Ebene. Schließlich werden Lösungsansätze vorgestellt. Eine Abhandlung nimmt Potenziale und Grenzen von Bürgerräten als Format einer dialogischen Bürgerbeteiligung in den Blick. Eingerahmt werden die Beiträge von der nur scheinbar trivialen Frage, was denn unter Demokratie zu verstehen ist. Diesen grundlegenden Aspekt behandelt auch ein Podcast aus der LpB-Reihe „Politisch bildet“, der erstmalig zum Heft entstanden ist: D&E-Autor Alexander Thiele vertieft darin das Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaat. Mit seiner Einschätzung zur Lage der Europäischen Union nach 65 Jahren rundet der Verfassungsrechtler Dieter Grimm die neue Ausgabe von „Deutschland & Europa“ ab.

Aus Sicht der Herausgeber beschreibt das 102-seitige Heft den Status Quo, beleuchtet einzelne Herausforderungen näher und stellt Lösungsansätze vor.

Einen raschen Überblick über zentrale Aspekte der einzelnen Fachartikel gewährleistet die pointierte Einführung „**Demokratie in Krisenzeiten - Herausforderungen und Chancen. Eine Bestandsaufnahme**“ (S. 2-9) des Herausgebers **Ralf Engel** und die übersichtliche visualisierte Kurzversion aller Artikel auf S. 10. Gut geeignet für den direkten unterrichtlichen Einsatz ist auch die in S. 2 integrierte ZEIT-Grafik zu den multiphen Krisen, die das politische System herausfordern.

Angesichts einiger Tendenzen, Demokratie als Kampfbegriff zu verwenden, fragt **Felix Heidenreich** „**Was macht eine Demokratie aus?**“ Nach einführenden Bemerkungen



zur neuen geopolitischen Lage unterscheidet er zwischen zwei naiven und einem anspruchsvollen Demokratiebegriff und skizziert unterschiedliche hohe Ansprüche an die Demokratie in den einzelnen Demokratietheorien. Näher eingegangen wird auf Schumpeters minimales Modell: Faire Konkurrenz um Macht / Direkte, Partizipative, Deliberative, Radikale Demokratie) Heidenreichs Fazit lautet:

„Demokratie lebt auch vom Dissens. Demokratien sind also auch daran erkennbar, dass in ihnen die Frage nach dem Wesen der Demokratie umstritten ist. In diesem Sinne gehört eine latente Krisenhaftigkeit zweifellos zur Demokratie dazu. Paradoxerweise wären die Feinde der Demokratie dann gerade daran erkennbar, dass sie von sich behaupten, die einzig richtige, die „wahre“ Form der Demokratie zu vertreten – und jedem Widerspruch mit Zensur und Gewalt begegnen.

Dass es nicht die eine richtige Antwort auf die Frage nach der Ausgestaltung der Demokratie geben kann, ergibt sich bereits aus dem Vergleich verschiedener Demokratien: In manchen Ländern wird der Aspekt einer offenen und fairen Konkurrenz um Macht akzentuiert (Großbritannien), andere haben Strukturen ausgebildet, die stark auf Konsens und Kooperation abzielen (Schweiz). Das Ringen um einen angemessenen Demokratiebegriff stellt also immer den Versuch dar, eine Antwort auf die Frage zu formulieren, welche Demokratie gewünscht ist.“

An der Tatsache, dass sich die verschiedenen Demokratiekonzepte vor allem im Hinblick auf die Rolle des Rechtsstaats unterscheiden, setzt **Alexander Thiele** in seinem Beitrag **„Die eingehegte Demokratie – Warum und wie die Demokratie im demokratischen Verfassungsstaat begrenzt wird“** an.

Thieles Ansicht nach darf „in einer demokratischen Ordnung nicht über alles demokratisch entschieden werden“, da politische Herrschaft stets begrenzt sein müsse und nicht jeden Bereich des demokratischen Lebens durchdringen dürfe. So kann vermieden werden, dass eine demokratische Mehrheit zentrale Rechte der unterlegenen Minderheit abbaut.

Das Mehrheitsprinzip werde durch den Rechtsstaat eingeschränkt, der „sich einer potenziell unbegrenzten Demokratie entgegenstemmt und diese behutsam einhegt.“ Der demokratische Verfassungsstaat muss sich davor hüten, zu stark in die private Lebensführung einzugreifen. Dies verdeutlicht der Autor am folgenden Beispiel:

„Die Familienplanung präsentiert sich als ein so privater, intimer Bereich, dass niemand bereit wäre, ausgerechnet hier eine Mehrheitsentscheidung, die den eigenen Vorstellungen widerspricht, zu akzeptieren, selbst wenn sie formal demokratisch getroffen sein sollte. Dass die Entscheidung im Parlament – der Herzkammer der Demokratie – von einer Mehrheit getroffen wurde, ändert daran in diesem Fall nichts. Die Folgen dieser Entscheidung für die Demokratie wären aber vermutlich noch fataler. Es stünde zu befürchten, dass die überstimmte Minderheit ihren Glauben an die politische Ordnung insgesamt verliert und damit auch in anderen Fällen rebelliert. (...) Es drohte offener Widerstand, bis hin zur Revolution – aufgrund einer einzigen, demokratisch getroffenen Entscheidung. Demokratien müssen sich dieser Gefahr des „demokratischen Übergriffs“ daher stets bewusst sein und müssen die demokratisch zu treffenden (politi-



schen) Entscheidungen auf die Bereiche begrenzen, in denen die Akzeptanz einer überstimmten Minderheit zumindest wahrscheinlich ist. Anders gewendet: Sie müssen stets einen „Raum der Dunkelheit“ gewährleisten, der der demokratischen Ausleuchtung nicht zugänglich ist, wenn sie ihre eigene Zukunft nicht gefährden wollen. Das (zugegebenermaßen) drastische Beispiel hat damit gezeigt, dass in einer Demokratie richtigerweise nicht alles demokratisch entschieden werden sollte.“

Thiele bilanziert: Demokratie ist eine sehr voraussetzungsreiche Herrschaftsform, die mehr gewährleisten muss als das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip (Vorrang der Verfassung, Grundrechte, Rechtsschutz), wie etwa das Aufkommen politischen Populismus in westlichen Verfassungsstaaten darauf hindeutet, „dass diese Responsivität des politischen Raumes seit einiger Zeit gewisse Defizite aufweist“. Politische Entscheidungen müssen so getroffen werden, „dass die soziale Ungleichheit keine Ausmaße erreicht, die es den Bürgern unmöglich macht, sich noch als politisch gleich und damit zusammengehörig zu erkennen.“

Nach diesen normativen Überlegungen richten **Joachim Lauth** und **Lukas Lemm** in ihrem Beitrag „**Die Entwicklung der Demokratie und die Akzeptanz demokratischer Institutionen in Europa**“ ihr **Augenmerk** eher auf die empirische Ebene.

Sie überprüfen die empirische Evidenz prominenter Thesen zur Debatte und gelangen zu einem komplexen Gesamtbild. Zwar lassen sich rückläufige Tendenzen der Demokratisierung in Richtung Hybridisierung und Autokratisierung feststellen, doch bleibt der Stand der Demokratie aus historischer Perspektive auf einem hohen Niveau. Mit Ausnahme der USA bleibt auch der Stand der Demokratiequalität der etablierten Demokratien hoch. In Europa rutschen insbesondere Polen und Ungarn in den Bereich der defizitären Demokratien. Nicht allzu stark ausgeprägt ist aber die Zufriedenheit mit bestehenden Demokratien.

Von einer Krise der Demokratie sollte folglich nicht gesprochen werden, doch es zeigen sich Gefährdungstendenzen (Stabilisierung autoritärer Demokratien / Regressionstendenzen in Polen, Ungarn und den USA). Bestehende Spaltungen in der Bevölkerung dürfen deswegen nicht vertieft werden.

Julia Reuschenbach und **Thorsten Faas** beschäftigen sich mit der Thematik „**Volksparteien in der Krise**“. Strittig ist auch die Frage, wann überhaupt eine Partei eine Volkspartei ist. Anhand der Entwicklungen der letzten Jahre wird der Zustand der Volksparteien skizziert, warum das Konzept der Volkspartei zukunftsfähig sein kann, diskutiert aber auch Herausforderungen, die vor den Volksparteien liegen. In einem sind Reuschenbach/Faas sich sicher:

„Ein Ende von Volksparteien hat weitreichende Folgen, nicht nur für diese Parteien selbst, sondern auch für die Art und Weise, wie Konflikte verhandelt, wie Politik gemacht wird und wie unsere Demokratie funktioniert.“ (S. 62)

Inwieweit öffentliche Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie als Gefahr für die Demokratie und nicht als progressive Kraft sozialer



Bewegungen gesehen werden können, überprüfen **Edgar Grande, Sophie Hunger, Swen Hutter, Eylem Kanol und Daniel Saldivia Ganzatti** im Beitrag „**Eine Gefahr für die Demokratie? Politische Potentiale des Corona-Protests**“.

Nicht zuletzt die Eskalation der Großdemonstrationen in Berlin und Leipzig hat zu erkennen gegeben, dass der Corona-Protest ein erhebliches Radikalisierungspotenzial besitzt. So ist etwa der rechtsradikale Rand des politischen Spektrums in den Corona-Protesten besonders stark vertreten. Bei aller Heterogenität des Protests sehen die Autoren „das fehlende Vertrauen in die Schlüsselinstitutionen der parlamentarischen Demokratie“ als eine zentrale Gemeinsamkeit der Kritiker der Coronamaßnahmen. Diese geht einher mit einer geringen Zufriedenheit mit der Demokratie. Ab dem Sommer 2020 hat ein Rechtsruck im Mobilisierungspotenzial für den Corona-Protest stattgefunden. Wie aber lässt sich die neue Protestbewegung mit erheblichem Mobilisierungs- und Radikalisierungspotenzial deuten? Das diesbezügliche Fazit lautet wie folgt:

„Der Corona-Protest sollte (...) nicht als ein zeitlich begrenzter Widerstand gegen die staatliche Pandemiepolitik und ihre Folgen interpretiert werden. Er muss vielmehr als Ausdruck einer tieferliegenden Vertrauenskrise der Parlamentarischen Demokratie gewertet werden. Auch wenn die Bedeutung rechtsextremer Akteure und Organisationen in diesem Protest vielfach überschätzt wurde, so zeigen unsere Analysen doch, dass von diesem Protestpotenzial längerfristig eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die liberale, parlamentarische Demokratie ausgehen könnte.

Für die Verteidiger*innen der liberalen Demokratie stellt sich deshalb die Frage, wie verhindert werden kann, dass das in der Corona-Pandemie aufgebaute und mobilisierte Protestpotenzial in weiteren Kreisen aktiviert und radikalisiert wird.“

Der Tatsache, dass Teile der Bevölkerung einen doppelten Ausschluss im Hinblick auf ihre Repräsentanz im Parlament als auch hinsichtlich der Responsivität des politischen Systems empfinden, widmet sich **Lea Elsässer** in ihrem Beitrag „**Demokratie in Gefahr – Politische Ungleichheit in Deutschland**“.

Können Demokratien ihr Gleichheitsversprechen halten, wenn Einkommen immer weiter auseinanderdriften und die weniger privilegierten Schichten sich kaum noch beteiligen?

Elsässer verweist auf wichtige gesellschaftliche Spaltungslinien, die entlang sozialer Klassen verlaufen:

„Arm oder reich sein bedeutet eben nicht nur, dass man sich mehr oder weniger leisten kann. Wie politische Probleme wahrgenommen und welche Reformen als sinnvoll erachtet werden, hängt stark von der eigenen sozialen Stellung auf dem Arbeitsmarkt und der persönlichen Einkommenssituation ab. Während eine Rentenkürzung für die einen beispielsweise das Risiko von Altersarmut deutlich erhöht, bedeutet sie für andere gerade mal einen Verzicht auf den zweiten Jahresurlaub.“



Damit grenzt sie sich deutlich von der vor allem in den 90er Jahren durch den Soziologen Ulrich Beck vertretenen These, dass die politische Bedeutung sozialer Klassen in Auflösung begriffen sei, ab, denn viele Risiken wie Arbeitslosigkeit und Krankheit sind weiterhin sehr ungleich verteilt. Dies zeigte nicht zuletzt auch die Corona-Pandemie. Empirische Studien zu Reformentscheidungen im Bundestag kommen zu einem eindeutigen Ergebnis: „Wenn eine große Mehrheit der Besserverdienenden einen Vorschlag befürwortet, dann steigt auch die Chance, dass er umgesetzt wird.“ Die Einführung des Mindestlohns und der Ausbau von Kita-Plätzen wurden hingegen von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit unterstützt. Vor allem aber bei verteilungspolitischen Fragen zeigt es sich, „dass die Entscheidungen systematisch zugunsten der Bessergestellten verzerrt sind“. Viele einschneidende Kürzungsreformen wurden gegen den Willen der ärmeren Bevölkerungskreise beschlossen.

Wenn Menschen unterer sozialer Schichten aufgrund des Empfindens mangelnder Selbstwirksamkeit zur Wahlabstinz neigen, ist doch der Autorin zufolge diese Resignation nicht unbegründet. Elsässer warnt nachdrücklich: „Wenn aber politische Macht an ökonomische Ressourcen gebunden ist, dann droht die Demokratie ihre Legitimität zu verlieren.“ Eine ähnliche Problemdiagnose trifft auch für weitere Staaten – wie die USA, die Niederlande, Norwegen und Spanien – zu. Dies deutet auf „einen sich gegenseitig verstärkenden Teufelskreis aus ungleicher Beteiligung und ungleicher Responsivität hin.“ So sitzen mittlerweile überwiegend Akademiker in den Parlamenten, die kaum aus eigener Lebenserfahrung Anliegen und Problemperezeption von ökonomisch und sozial schlechter Gestellten kennen.

Es folgen Überlegungen zum Aspekt **„Dialogische Bürgerbeteiligung – Potenziale und Grenzen von Bürgerräten“**, die **Ulrich Eith** anstellt. Gemeinsame Merkmale dieser Beteiligungsformate sind ihr deliberativer, dialogorientierter Charakter sowie die Teilnehmenden nach dem Zufallsprinzip.

In der Einleitung verdeutlicht der Autor, dass dialogische Bürgerbeteiligung sich in den letzten Jahren etabliert hat. Hier stellt sich die Frage, ob Bürgerräte eine Konkurrenz für repräsentativ gewählte Gremien darstellen. Diese Formate unterscheiden sich hinsichtlich Zielsetzung, Verbindlichkeit und Auswahl und Zusammensetzung der Teilnehmenden. In Abbildung 3 wird verdeutlicht, wie deliberative Formate in der Praxis funktionieren. Aus Sicht des Autors bietet es sich an, „landesweite und insbesondere grenzüberschreitende Verfahren stärker online zu konzipieren, bei lokalen Verfahren oder besonders konfliktiven Themen hingegen eher die Vorteile einer Präsenzveranstaltung zu nutzen.“

Hinsichtlich der demokratiethoretischen Einordnung konstatiert Eith eher stagnierende bis rückläufige Wahlbeteiligungen, soziale Exklusionserscheinungen bei neuen Beteiligungsformen und durch Populismus und Verschwörungstheorien geförderte vereinfachte Realitätskonstruktionen.

Teilnehmende bewerten ihren Beteiligungsprozess am Bürgerrat sehr positiv und das Wissen über den politischen Prozess und die Entscheidungssituation von Politikerinnen und Politikern hat sich erhöht. Eith zufolge überwiegen die positiven Effekte bei weitem:



„Von partizipativer Bürgerbeteiligung profitieren nicht nur die Verwaltungen für eine zielgenauere, die Interessen der Bürgerrinnen und Bürger berücksichtigende Planung von Infrastrukturmaßnahmen. Bürgerbeteiligung als frühzeitiger, informeller und argumentativer Diskussionsprozess kann sowohl direktdemokratischen als auch repräsentationsdemokratischen Entscheidungen vorgeschaltet werden, um die Bedeutung des politischen Diskurses stärker in den Vordergrund zu rücken. (...) Aus pluralistischer Sicht stellen die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen im Vorfeld von Entscheidungen eine gewichtige Stimme aus der Bürgerschaft dar, neben den üblichen Stellungnahmen von Verbänden und Interessengruppen und unter Umständen auch inhaltlich breiter und abgewogen. Aus der Sicht der demokratischen politischen Kultur fördert die antizipative Bürgerbeteiligung insbesondere bei ausreichender Resonanz in der Öffentlichkeit den argumentativen Diskurs und somit eine Versachlichung der politischen Auseinandersetzung. Deliberative Formate können sowohl aktuelle Konflikte durch Kompromissbildung entschärfen als auch Zukunftsperspektiven ausleuchten. Zufallsauswahl und Online-Formate erhöhen die Vielfalt der Teilnehmenden.“

Abschließend widmet sich Verfassungsrechtler Dieter Grimm in seinem Beitrag der Thematik **„Zur Lage der Europäischen Union nach 65 Jahren.“** Grimm zufolge hat sich die keinesfalls konsolidierte EU noch nie so zahlreichen Herausforderungen gleichzeitig gegenübergesehen wie jetzt. Besonders problematisch erscheint dem Autor aber, dass es der europäischen Integration an Akzeptanz in der Bevölkerung mangelt. Sie gilt nicht mehr als alternativlos. Dass einige der entscheidendsten Integrationsschritte über die Unionsbürger gekommen sind, ohne dass diese zuvor gefragt worden wären, betrachtet Grimm als besonders problematisch, obgleich dies Voraussetzung zentraler Integrationsfortschritte war. Jetzt und in der Zukunft ist eine breite Unterstützung durch die Öffentlichkeit jedoch zwingend erforderlich.

In einer Ursachenanalyse verweist er u. a. auf einige problematische Entwicklungen in der EU: So spielen etwa die 200 von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten nationalen Parteien nur eine marginale Rolle, da europäische Fraktionen die entscheidenden Akteure im Europäischen Parlament sind. Eine europäische Öffentlichkeit und ein europäischer Diskurs existieren nicht und die dualistische Legitimation der EU ist schwer verständlich. Besonders problematisch erachtet der ehemalige Verfassungsrechtler die Verselbstständigung der exekutiven und judikativen Institutionen der EU:

„Die wichtigsten Gründe für die Legitimationsschwäche ergeben sich jedoch aus der Verselbstständigung der exekutiven und judikativen Institutionen der EU, Kommission und Gerichtshof, von den demokratischen Prozessen in den Mitgliedsstaaten und der EU selbst.“

Grimm zufolge findet ein schleichender Kompetenzverlust der Mitgliedsstaaten statt, der überwiegend auf extensiver Vertragsinterpretation der EU basiert.

Abschließend prüft Grimm Möglichkeiten zur Verbesserung der Legitimationsbasis für das europäische Objekt (u. a. Wahlrechtsvereinheitlichung, Aufteilung des Gesetzgebungsprozesses nach Kompetenzen, Kompetenzrückverlagerungen).

Mit dem Materialteil lassen sich politisch relevante Fragestellungen wie „Wer hat das letzte Wort in Europa?“ und „Ist die EU demokratisch genug?“ und „Soll man der Ukraine jetzt wirklich die Tür zur EU öffnen?“ unterrichtlich thematisieren.

Fazit:

Heidenreichs Artikel zum Demokratiebegriff kann sehr gut im Unterricht der Jahrgangsstufe 12 eingesetzt werden und ermöglicht dort wichtige Differenzierungen in der politischen Urteilsbildung.

Einen Beitrag hierzu leistet auch die von Hans-Joachim Lauth und Lukas Lemm vorgestellte „Demokratiematrix“, in der wesentliche Maßstäbe zur Beurteilung der Demokratiequalität von politischen Systemen verdeutlicht werden. Die Überlegungen brechen eine Lanze für die Bedeutsamkeit empirischer Ansätze in der Debatte zur Zukunft der Demokratie, sodass Niedergangsdiskurse kritisch hinterfragt werden können.

Reuschenbachs und Faas Beitrag kann zu einer Differenzierung der Diskussion um die Zukunft der Volksparteien beitragen.

Erkenntnisfördernd sind auch Lea Elsässers Ausführungen zur Demokratiegefährdung durch soziale Ungleichheit. Die interessanten Zusatzmaterialien (u. a. Interview mit dem Elitenforscher Hartmann, Kontroversen um den Armutsbericht) lassen sich sehr gut im Unterricht der Sekundarstufe II einsetzen.

Besonders ergiebig für den unterrichtlichen Einsatz sind die zahlreichen Zusatzmaterialien in Ulrich Eiths Beitrag zu Potential und Grenzen von Bürgerbewegungen (Synoptischer Überblick der drei demokratischen Verfahrenstypen Parlamentarische Demokratie, Direkte Demokratie und Deliberative Demokratie / Plädoyer für ein ökologisches Grundgesetz etc.).

Gutes Quellenmaterial für Kursarbeiten bietet auch Dieter Grimms Materialteil zu Legitimations- und Reformfragen der EU.



Deutschland & Europa

Zeitenwende in der Friedens- und Sicherheitspolitik? Heft 85-2023

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat etablierte Gewissheiten erschüttert, was nicht zuletzt auch die politische Bildung tangiert. Die Friedensordnung, wie wir sie in Europa kennen, wurde zerstört, grundsätzliche völkerrechtliche Prinzipien mit Füßen getreten. Mit der „Zeitenwende“ durch die russische Invasion erwies sich dies als Illusion, weshalb nun auch in Europa wieder verstärkt geopolitische sowie militärische Fragen auf der Agenda stehen.

Das vorliegende Heft von "Deutschland und Europa" analysiert diese „Zeitenwende in der Friedens- und Sicherheitspolitik?“. In den wissenschaftlichen Beiträgen steht die weit über die Tagesaktualität hinausgehende Frage nach der künftigen Weltordnung im Mittelpunkt, die anhand wichtiger Akteure wie den USA, China sowie Deutschland und Europa kontrovers diskutiert wird.

Es bietet jedoch auch eine Perspektive des globalen Südens, die zeigt, dass Kriege weltweit verbreitet sind und der Krieg in der Ukraine eher ein Ausdruck von Kontinuität als einer Zeitenwende ist.

Daneben beinhaltet das Heft auch eine Vorstellung für eine friedlichere Welt basierend auf einem positiven Friedensbegriff aus Sicht der Friedensbildung.

Somit ergänzt diese Ausgabe von D&E die vielfältigen Angebote der Landeszentrale rund um den Ukraine-Krieg (wie z.B. das Ukraine-Dossier), indem sie konkret den Unterricht ab Klasse 10 in den Blick nimmt und dafür neben wissenschaftlichen Beiträgen wieder eine Vielzahl an didaktisch aufbereiteten Materialien bereithält.

Die fachwissenschaftlichen Aufsätze wurden von erfahrenen Lehrerinnen und Lehrern didaktisch aufbereitet und durch weitere Unterrichtsmaterialien ergänzt. Sie lassen sich in der gymnasialen Oberstufe vor allem in Gemeinschaftskunde, aber auch in anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, einsetzen. Darüber hinaus stehen sowohl ein



Modle-Raum für Lehrkräfte, der Tafelbilder, Materialien zur Differenzierung, Beispielklausuren etc. bereithält, als auch ein frei zugänglicher Schülerraum mit interaktiven Anwendungen zur Verfügung.

Im einführenden Überblicksartikel „**Mehr Grautöne wagen**“ widmet sich Herausgeber **Ralf Engel** den vier Dimensionen der Zeitenwende.

Aus seiner Sicht ist der *politische Bereich* der umfassendste. Der Krieg kehrt nach Europa zurück und stellt eine Zäsur in der (Außen-) Politik und in den internationalen Beziehungen dar. Aktuell zeigt sich eine Konfrontation zwischen liberalen Demokratien und autoritären Regimen und gemäß dem Ansatz der realistischen Schule rückt die militärische Abschreckung und militärische Aufrüstung in den Mittelpunkt strategischen Denkens. Sicherheit wird in diesem zunehmend anarchischen Umfeld wieder verstärkt militärisch definiert. Positiv zu bewerten sind die Renaissance der NATO und eine verstärkte Zusammenarbeit westlicher Staaten.

Dass sich die deutsche Bundesregierung in ihrem Ukraine-Kurs auf eine Mehrheit der Bevölkerung stützen kann, gehört zur *gesellschaftlichen Dimension* der Zeitenwende. Hier liegt ein Bruch zur lange Zeit vorherrschenden Kultur der militärischen Zurückhaltung vor. Kritik an den Waffenlieferungen erfolgt weitgehend nur von den politischen Rändern her.

Nicht zu vernachlässigen ist auch die *ökonomische Dimension* der Zeitenwende. Angesichts des Wegfalls des Standortvorteils des günstigen russischen Gases gilt es, neue handelspolitische Abhängigkeiten Deutschlands zu vermeiden. Besonders problembehaftet sind die Beziehungen zu autokratischen Staaten. Doch anders als die USA, die eine Entflechtung vom ökonomischen Rivalen China anstrebt, agiert man in Europa vorsichtiger (De-Risking statt Decoupling). Angesichts der Schuldenbremse führt die deutliche Erhöhung der militärischen Ausgaben zu Etatkürzungen in anderen Politikbereichen.

Nicht zuletzt spielt auch die *ökologische Dimension* der Zeitenwende eine Rolle. Auf lange Sicht hin könnten der Ukraine-Krieg und die starken Abhängigkeiten bei fossilen Energieträgern sich positiv auf den notwendigen ökologischen Transformationsprozess auswirken.

Aus der Perspektive des globalen Südens muss die Zeitenwende jedoch erheblich relativiert werden. Im subsaharischen Afrika sind Krieg und Gewalt sehr verbreitet und die doppelten Standards des Westens werden abgelehnt. Aus der Sicht Chinas bedarf es einer Transformation des internationalen Systems, die der zunehmenden Macht Chinas Rechnung trägt. China selbst perzipiert sich als nicht aggressive Macht, die in internationalen Konflikten (z. B. Iran vs. Saudi-Arabien) vermittelt.

Im zweiten Artikel thematisiert Ulrich **Menzel** die Zeitenwende unter einer zentralen Fragestellung der Theorie der internationalen Beziehungen. Sein Beitrag „**Zeitenwende – Putins Krieg und die Zukunft der liberalen Ordnung**“ geht davon aus, dass wir uns in einer doppelten Zeitenwende befinden „bezüglich des Zustands der Welt, wie sie ist, und bezüglich der Vorstellungen, wie sie sein soll.“ Wie eine neue Ordnung der Welt nach der Zeitenwende aussehen wird, ist derzeit nicht absehbar.

Für den emeritierten Professor der internationalen Beziehungen ist die Weltordnung im Kontext multipler Krisen selbst in eine Krise geraten.



Die alte Weltordnung, wie sie sich zu Beginn der 90er-Jahre zeigte, wurde im Wesentlichen durch zwei Komplexe (9/11 und der Aufstieg Chinas) in Frage gestellt. Ähnliches gilt auch im Hinblick auf die Grundannahmen der Modernisierungstheorie. Am Beispiel des hegemonialen Übergangs mit einer zentralen Rolle Chinas zeigt sich die Attraktivität einer autoritären Weltordnung, die vorgibt, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. In der Phase des hegemonialen Übergangs, in der der alte Hegemon USA nicht mehr bereit bzw. in der Lage ist, die internationalen öffentlichen Güter zum Nulltarif bereitzustellen und die Ordnung zu garantieren, und der mögliche neue Hegemon China dazu noch nicht bereit bzw. in der Lage ist, bewegt sich die Welt in Richtung einer gefährlichen Anarchie.

Menzel zufolge erleben wir neben der Krise der internationalen Ordnung eine Krise der Globalisierung, weil in vielen ihrer Dimensionen Kipppunkte erreicht und negative Entwicklungen sichtbar wurden. Sämtliche Krisen zusammen und ihre gegenseitigen Wechselwirkungen (Deindustrialisierung der alten Industrieregionen im Kontext internationaler Arbeitsteilung / 9/11 und War on Terror / Finanz- Und Wirtschaftskrise / Migrationskrise / Krise der Demokratie / Corona-Krise) haben letztlich die große Erzählung vom Segen der Globalisierung in Frage gestellt.

Während es die USA überfordert, ihre alte Rolle weiterzuspielen, geht es Putin spätestens seit 2012 letztlich um die Wiederherstellung des Zarenreichs, um eine Revision der politischen Marginalisierung Russlands. Aus seiner Perspektive sollten die fünf Erweiterungsrunden der NATO und der 2019 in der Verfassung der Ukraine festgeschriebene NATO-Beitritt rückgängig gemacht werden. Interventionen im Kaukasus, in Syrien und der Krim waren erste Schritte zur Revision. Mit dem Angriff auf die Ukraine hat Putin allerdings eine rote Linie überschritten. Es geht mittlerweile „um einen Stellvertreterkrieg im neuen Systemkonflikt zwischen dem autoritären Osten und dem liberalen Westen.“

Was bedeutet dies nun für die Paradigmen der IB?

Hinsichtlich des auf Kant zurückgeführten Idealismus bilanziert der Autor kritisch:

„Die idealistische Idee schlechthin ist zwar durch Putins Krieg nicht widerlegt, doch scheint das Potential für weitere Demokratien vorerst ausgereizt, weil China mit seiner autoritären Moderne eine attraktive Alternative bietet.“

Noch skeptischer fällt seine Bilanz des Institutionalismus aus:

„Der Institutionalismus als konkurrierendes Paradigma scheint regelrecht widerlegt. (...) Tatsächlich erleben wir, dass die Wirkmächtigkeit internationaler Organisationen wie die UNO immer geringer wird – siehe die beiden Ukraine-Abstimmungen in der Vollversammlung. Stattdessen kommt es zu neuen internationalen Organisationen, die eher zur Spaltung der Welt beitragen, weil ihre Mitglieder sich um China oder die USA scharen. Auch der Versuch, mittels der internationalen Gerichtsbarkeit in Den Haag zu einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zu gelangen, hat sich als Chimäre erwiesen. Gerichtet wird immer nur über Angeklagte aus dem Süden, während es die USA und China grundsätzlich ablehnen, sich einer internationalen Gerichtsbarkeit zu unterstellen. Auf die Bedeutungslosigkeit der OSZE wurde bereits verwiesen.“



Auch die wirtschaftliche Globalisierung hat inzwischen ein solches Ausmaß erreicht, dass sie selbst für Konfliktstoff sorgt, da es in ihrem Nullsummenspiel auch Verlierer gibt.

Konjunktur haben hingegen neorealistische und realistische Ansätze. Aber auch die Abschreckungstheorie muss sich Menzel zufolge fragen lassen, „ob sie im Hinblick auf Putins Krieg nicht versagt hat.“ Die Sanktionen verfehlen ihre Wirkungen auf harte Diktaturen.

Schließlich bleibt noch die Hegemonialtheorie „als weiterhin gültiges Paradigma, da sie lehrt, dass in der Phase des hegemonialen Übergangs die Anarchie der Staatenwelt zurückkehrt.“

Menzels Fazit lautet:

„Wir befinden uns in einer Übergangsphase, in der nicht ausgemacht ist, ob sich die USA behaupten kann oder China in vielleicht 25 Jahren deren Rolle übernimmt. Wir haben uns also auf eine lange Zeit der Unsicherheit einzustellen. Die derzeitige „Weltunordnung“ wird aber auch (...) kein Dauerzustand sein. Da wir einen Vormarsch der autoritären Systeme auf der Welt erleben, stehen wir in der Übergangsphase am Beginn eines Ost-West-Konflikts 2.0, in dem sich der alte Orient mit China und der alte Okzident mit den USA als Führungsmächte gegenüberstehen. Deshalb muss Europa die USA unterstützen und darf sich nicht als dritter Pol in der Welt, oder gar als eine Art „Blockfreier“ verstehen, da es sich um einen Konflikt zwischen einer autoritären und einer liberalen Weltordnung handelt. Der Westen sollte allerdings Abschied nehmen von seinem Missionarismus, das westliche Modell in autoritär geführten Ländern mit Anreizen, Druck oder gar Gewalt durchzusetzen. Stattdessen sollte er sich auf die Behauptung der liberalen Ordnung daheim beschränken.“

Für Menzel bleibt aber der Klimawandel die größte Herausforderung. Wachstum müsse deshalb kritisch hinterfragt werden. Ein Degrowth sollte sozialverträglich realisiert werden.

Der im öffentlichen politischen Diskurs aktuell eher unterrepräsentierten „**Friedensbildung in Zeiten von Krieg in Europa**“ widmet sich **Julia Hagen**.

Im Anschluss an das Aufzeigen von fünf Entwicklungssträngen der internationalen Friedensordnung (Humanität im Krieg und Ächtung von Krieg durch das Völkerrecht / Stärkung der Friedensordnung durch internationale Organisationen / Gewaltfreie Aktionen und Menschenrechtsaktivismus in Bürgerrechtsbewegungen / Dialog und Versöhnung in der Vergangenheitsaufarbeitung / Zivile Konfliktbearbeitung) verdeutlicht die Autorin, dass Friedensbildung gerade angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine besonders wichtig ist, denn es gilt Hoffnung zu wagen und sich immer wieder eine bessere Zukunft vorzustellen und das über große Zeiträume hinweg.

„Dieses Denken hilft uns, für politische Krisen, wie den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, nicht nur kurzfristige Lösungen zu suchen, sondern noch während des Krieges den Frieden vorzubereiten und Visionen zu entwickeln, die europäische und globale Friedensordnung zu verändern und zu verbessern und Akte der Aggression wie einen Angriffskrieg in der Zukunft unwahrscheinlicher zu machen.“



Anschließend konkretisiert sie Ziele, Inhalte und Methoden der Friedensbildung. Geht es auf der Ebene der Ziele darum, „eine Kultur des Friedens zu fördern und zu stärken“, so liegen zahlreiche Inhalte der Friedensbildung vor, die in der Regel auch in den gesellschaftswissenschaftlichen Lehrplänen eine Rolle spielen. Hierzu gehören nach Ansicht Hagens z. B. „die Vermittlung von Ursachen von Kriegen bzw. bewaffneten Konflikten und deren Eskalationsmechanismen, militärische und zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung, Sicherheitslogik vs. Friedenslogik als Perspektiven auf Politik, Pazifismus und Bellizismus als ethische Haltungen oder Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit in der Transitional Justice.“

Was also kann Friedensbildung in Zeiten von Krieg in Europa leisten?

„Ein wichtiges Ziel ist es, Kriege bzw. bewaffnete Konflikte analysieren zu können. Um Konflikte bearbeiten zu können, muss man sie verstehen. (...) Konfliktanalysen mit friedenspädagogischer Brille machen deutlich, mit welchen Mitteln der Konfliktaustrag geschieht, was unterschiedliche Erklärungsansätze für einen Konflikt sind und welche Instrumente militärischer und ziviler Konfliktbearbeitung eingesetzt bzw. in Politik und Forschung diskutiert werden. Mithilfe von Analysefragen wird es erleichtert, Konflikte zu verstehen, das künftige Konfliktgeschehen mitzuverfolgen und sich am politischen Gespräch über nationale und internationale Konfliktbearbeitung zu beteiligen.

Eng damit verknüpft ist es hilfreich, Eskalationsmechanismen von Konflikten zu verstehen, um zu erkennen, in welcher Phase sich ein Konflikt befindet. (...) Modelle wie die „Neun Stufen der Eskalation“ (...) oder das „Sanduhrmodell“ (...) helfen. (...) Friedensbildung kann die Fallstricke von militärgestützter Sicherheitspolitik aufzeigen, die häufig in einem Sicherheitsdilemma endet. (...)

Angesichts des Schocks, den der Angriffskrieg gegen die Ukraine in Europa erzeugt hat, gerät „menschliche Sicherheit“ als aktuellstes unter den Sicherheitskonzepten in der öffentlichen Debatte zunehmend in den Hintergrund, obschon die Menschen in der Ukraine und Europa diese brauchen werden, um Wiederaufbau und Versöhnung und langfristigen Frieden zu ermöglichen.

Um eine Kultur des Friedens zu stärken, braucht es ein kritisches Hinterfragen militärgestützter Politik, eine Veränderung der Perspektive weg vom schlimmsten anzunehmenden Fall, eine Veränderung der Haltung zu Frieden und Konflikt und ein verändertes Verhalten gegenüber der Welt.

Friedensbildung leistet einen Beitrag, das Denken in Visionen zu fördern, gerade in Zeiten eines Krieges in Europa. Welche Zukunft wollen wir haben? Welche Verbesserungen braucht die internationale Friedensordnung? Wie kann eine neue europäische Friedensordnung aussehen? Ziel ist, Politik nicht einfach im passiven Sinne als Wahloption der Gegenwart zu begreifen, sondern sich im Sinne aktiver politischer Beteiligung am politischen Gespräch zu beteiligen und sich durch parteipolitisches wie zivilgesellschaftliches Engagement für eine veränderte politische Zukunft einzubringen. Das wiederum stärkt nicht nur die Demokratie und den Frieden, sondern auch die Menschen, die so aus der Ohnmacht zurück ins Handeln kommen – gerade in Zeiten eines Angriffskrieges in Europa.“



Deutlich gegen die Wahrnehmung der USA als absteigende Weltmacht positioniert sich **Stephan Bierling** in seinem Beitrag „**Amerikas Comeback – Warum die USA im Kampf um die künftige Weltordnung die Nase vorn haben**“. Bierling zufolge lief es nicht gut für die amerikanische Außenpolitik in diesem Jahrhundert (9/11, Afghanistan, Irak, Trumps Verprellung der NATO-Partner und der desaströse Abzug aus Afghanistan, 1 Million Covid-Tote), doch Washington sollte keinesfalls abgeschrieben werden. Derzeit wendet sich das Blatt zugunsten des schon mehrfach totgesagten Amerikas. Dies führt Bierling im Wesentlichen auf drei Gründe zurück.

Zunächst verweist er auf die physischen Vorteile der USA (Lage, Machtprojektionsmöglichkeiten, unangefochtene Vormacht in seiner Weltregion, diversifizierte Ökonomie, stabile demografische Perspektiven).

Hinzu kommen Fehler bei den Rivalen, die angesichts ihrer lange Zeit erfolgreichen Außenpolitik (Besetzung von Teilen Georgiens und der Ukraine, Sicherung der Macht Präsident Assads, Rolle der Wagner-Söldner in Libyen, Mali und der Zentralafrikanischen Republik, geopolitische Bedeutung der russischen Energielieferungen nach Westeuropa, Neue Seidenstraßeninitiative, zunehmender Einfluss Chinas in der UN, Gründung von Konkurrenzorganisationen zu Weltbank und IWF) übersehen wurden, was zu einer Selbstüberschätzung führte. Bierling prognostiziert: „Der Überfall auf die Ukraine dürfte sich als der größte Fehler einer Großmacht seit dem Zweiten Weltkrieg erweisen und Russland für Generationen schwächen.“

Ähnlich kritisch wird Pekings „ungezügelttes Hegemonialstreben“ nach dem Amtsantritt Xis bewertet, das zur Gegenmachtbildung im Pazifik führte. Hinzu kommen eine problematische Covid-Politik und nicht zuletzt das kluge Agieren der amerikanischen Außenpolitik, die sich rasch von der gescheiterten Politik der beiden letzten Dekaden verabschiedete.

Jenseits einiger Illusionen bei Bush und Obama sind sich Trump und Biden in der geopolitischen Beurteilung der Rolle Chinas weitgehend einig. Dies wird auch in der aktuellen „Grand Strategy“ deutlich: Unbestrittenes oberstes Ziel in der außenpolitischen Elite der USA ist die Erhaltung der amerikanischen Vorherrschaft in der Welt.

Bierling verweist hier auf „ein gewachsenes Netz der globalen Machtprojektion“. Im Überfall Russlands auf die Ukraine erkennt Präsident Biden auch Chancen für die USA, die insbesondere in der dauerhaften Schwächung der russischen Armee gesehen werden, die nach dem Krieg nicht mehr über die Möglichkeit verfügen werde, Nachbarländer zu überfallen. Hinzu kommt die enorme ökonomische Abhängigkeit Russlands von seinem wichtigsten Verbündeten China.

Chinas Möglichkeiten sind da ganz andere, aber die wichtigsten Staaten des Indopazifiks rücken näher an die USA, die wiederum alte Bündnisse stärken und neue begründen (Quad, Aukus).

Hinsichtlich der weiter bestehenden Abhängigkeit von den USA sollten sich die Europäer keinesfalls Illusionen machen. Kurzum: „Ohne politische Führung und militärische Mittel der USA ist Europa in der globalen Politik nicht einmal die Hälfte wert.“

Gunter Schubert akzentuiert deutlich positiver „**Die Rolle Chinas in der „Neuen Weltordnung**“ und setzt sich kritisch mit weit verbreiteten negativen Stereotypen bezüglich des internationalen Agierens des Akteurs China auseinander. In Teilen liest sich der



Artikel als eine kritische Entgegnung auf die Erläuterung der Rolle Chinas in Bielings Artikel.

„China kommt in der gegenwärtigen Debatte über eine „Neue Weltordnung“ eine zentrale Bedeutung zu.“ Schubert entwickelt systematisch eine chinesische Perspektive auf die Weltordnungsdebatte und die Wahrnehmung Chinas im Westen.

„Während man im „Westen“ China für die neue Polarisierung in der internationalen Politik verantwortlich macht, ist es in der chinesischen Wahrnehmung gerade umgekehrt: Dort ist es der „Westen“, der Chinas „eigenen Weg“ zu einem entwickelten und „starken“ Land unterbinden und dem Land die „westliche“ Lesart von Demokratie und Menschenrechten aufzwingen wolle. Er wolle sogar, durch die politische Unterstützung Taiwans, Chinas territoriale Integrität zerstören. Dies erinnere an die kolonialistischen Zumutungen des „Westens“ (und Japans) im 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Insbesondere die USA akzeptierten ihren globalen Bedeutungsverlust durch den Aufstieg Chinas nicht und täten alles, um die chinesische Einflussnahme in den Ländern etwa des globalen Südens und in internationalen Organisationen zurückzudrängen, aber auch in China Anstrengungen etwa zur Entwicklung von Zukunftstechnologien und Setzung globaler technologischer Standards zu unterbinden. Europa, so ist es in China oft zu hören, sollte sich in dieser Situation von den USA emanzipieren und zur Herausbildung einer „multipolaren“ Weltordnung beitragen, in der sich die Interessen aller ‚großen Mächte‘ gegeneinander ausbalancieren.“

Schubert zufolge knüpft China an das „Konzert der Mächte“ als vorherrschendem Ordnungsparadigma des 19. Jahrhunderts an, in dem Staaten ihre Interessen wechselseitig akzeptieren und damit ein stabiles Kräftegleichgewicht erwirken sollen. „Multipolarität“ spielt in der innerchinesischen Debatte um die neue Weltordnung eine zentrale Rolle. Ideengeschichtlich knüpft man an das Verständnis der imperialen Vergangenheit Chinas und an das westliche Verständnis eines gutmütigen Hegemons an. Aufgrund seines vorbildlichen Verhaltens darf - dieser Vorstellung gemäß - China eine internationale Führungsrolle beanspruchen.

In der Peripheriepolitik möchte China durch umfangreiche Initiativen (z. B. BRI) Voraussetzungen für einen integrierten Wirtschaftsraum schaffen und sich gleichzeitig als regionale Führungsmacht profilieren. Kritisch bewertet werden alternative Handlungsstrategien des Westens und Japans im indopazifischen Raum, denn China beansprucht auch heute noch in seiner unmittelbaren Peripherie eine „implizite Suzerität“, d. h. eine Oberhoheit über teilsouveräne Staaten. Dieser Suprematieanspruch wird auch in den Regionalorganisationen Asiens erhoben.

Konträr zur Peripheriepolitik kultiviert China in der Globalpolitik das Image eines großen Landes, das sich verantwortungsvoll in die internationale Politik einbringt und so zum Wohlstand und zur Stabilität beiträgt. Dieses Engagement findet bei vielen Vertretern des globalen Südens viel Anerkennung.

Hinzu kommen noch globalpolitische Ziele Chinas im Westen, die seitens des Westens als Angriff auf die liberale Welthandelsordnung kritisiert werden. Die Kritik am chinesischen Einfluss auf kritische Infrastruktur des Westens wird von China als Wettbewerbsverzerrung und Diskriminierung gewertet.



Schubert zufolge hat China in den letzten Jahren seinen globalpolitischen Ansatz modifiziert, indem technologische Autarkie im Zentrum der chinesischen Industrie- und Innovationspolitik steht.

Parallel hierzu beteiligt sich China aktiv in internationalen Organisationen (z. B. in Friedensmissionen der Vereinten Nationen und in Weltklimakonferenzen) für den Erhalt der globalen Ordnungsstruktur. Diese soll aber transformiert und verstärkt auf chinesische Interessen ausgerichtet werden. Somit agiert China anders als etwa Russland nicht als revisionistische Macht. Eine solche Idee der normativen Verpflichtung Chinas gegenüber der Welt („Tianxia“) findet sich auch in den Schriften Xi Jinpings, der von „Weltchicksalsgemeinschaft“ spricht. Chinas Aufstieg wird aus dieser Perspektive zu einer Chance für die ganze Welt.

Schubert erkennt hier – bei aller ideologischen Verklärung - ein modernes imperiales – nicht imperialistisches – Denken. Kurzum:

„Es geht China nicht um Untergrabung der bestehenden, von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten und geprägten („liberalen“) Weltordnung, sondern um deren Transformation in eine stärker an chinesische Interessen und Bedürfnisse ausgerichtete Struktur.“

Johannes Varwicks Beitrag „Frieden schaffen mit mehr Waffen? Strategisches Denken statt Militarisierung“ wirbt für eine ergebnisoffene Prüfung zentraler friedens- und sicherheitspolitischer Argumentationsmuster. Inhaltlich vertritt er eine Position, die in der aktuellen medialen Debatte eher eine Minderheitenposition darstellt.

Varwick attestiert eingangs, dass die Beurteilung der Waffenlieferungen an die Ukraine davon ausgehen muss, dass beide Lager gewichtige Argumente in die Debatte einbringen. Der Autor selbst warnt vor den Gefahren einer weiteren Militarisierung und plädiert für diplomatische Verhandlungen, um auszuloten, unter welchen Bedingungen der Krieg beendet werden kann. Hier sollten Chancen und Risiken jenseits einer zu starken Moralisierung der Debatte nüchtern abgewogen werden. Hieraus schlussfolgert er, dass die Unterstützung für die Ukraine nicht bedingungslos sein sollte. Eskalationsszenarien sollten präventiv nüchtern berücksichtigt werden.

Völkerrechtlich ist die Unterstützung der Ukraine durch Artikel 51 gestützt. Varwick gibt zu bedenken, dass Russland trotz aller westlichen Waffenlieferungen nach wie vor eine Eskalationsdominanz besitzt. Zudem ist Russland keinesfalls so stark international isoliert, wie seitens vieler Befürworter weiterer Waffenlieferungen propagiert wird.

Deshalb sollte ein Krieg mit der Nuklearmacht unbedingt vermieden werden. Er lehnt rein gesinnungsethisch begründete Forderungen nach weiteren Waffenlieferungen entschieden ab, da politischer Interessenausgleich (z. B. eine neutrale Ukraine) alternativlos bleibt. Solidarität mit der Ukraine bedeutet mehr als Waffenlieferungen. Es gilt diplomatische Initiativen zur Beendigung des Kriegs zu starten, damit das Land nicht völlig zerstört wird. Am Schluss wird es wohl eine neutrale demilitarisierte Ukraine geben.

Eine inhaltliche Gegenposition vertritt der emeritierte Professor **Herfried Münkler** in seinem Beitrag „Ende eines Selbstbetrugs: „Eine neue Sicherheitspolitik in Deutschland und Europa“.

Münkler betont, dass eine von Grund auf neue Sicherheitspolitik, in der das Militär und dessen Fähigkeiten eine deutlich größere Rolle spielen als in den letzten Jahrzehnten, zur Zeitenwende gehört. Man setzte insbesondere in Deutschland seit den 90er-Jahren



auf eine kostengünstige Sicherheitspolitik mit immer weniger Waffen und verzichtete darauf, kontinuierlich zu überprüfen, ob die Voraussetzungen dieser kostengünstigen Sicherheitspolitik auch weiterhin gelten. Zu den großen Grundannahmen zählte die Erwartung, dass durch wirtschaftliche Verflechtung und freien Welthandel internationale Friedenssicherung durch gegenseitige Abhängigkeiten und Vertrauensbildung im Sinne eines Nichtnullsummenspiels entstehen werde. Eine zentrale Voraussetzung dieses Ansatzes bestand in der „Annahme einer ökonomisch grundierten Kalkülrationalität der russischen Führung“.

Lange Zeit vermied man es - trotz Georgienkrieg und Annexion der Krim -, sich einzugestehen, „dass Russland sich mit den Instrumenten wirtschaftlicher Macht auf Dauer nicht in die europäische Friedensordnung einbinden ließ, dass es ein revisionistischer Akteur ist, der eine weiträumig angelegte Veränderung von Grenzen anstrebt.“

Gemäß Münkler ist diese Politik am 24.02.2022 gescheitert.

Hier gilt es nüchtern zu prüfen, welche Möglichkeiten zur Einbindung einer revisionistischen Macht in Europa bestehen. Wenn weder eher symbolische Sanktionen noch ein partielles Appeasement (Minsker Abkommen) zum Einfrieren des Konflikts geführt haben, dann verbleibt nach Ansicht des Münsterer Historikers nur noch glaubwürdige militärische Abschreckung. „Es geht darum, dem Revisionisten für den Fall, dass er Grenzen mit militärischer Gewalt verändert, einen Preis abzuverlangen, der höher ist als der Gewinn, den er in dem für ihn günstigsten Fall erzielen kann.“

Dies ist in postheroischen Gesellschaften ein schwieriges Unterfangen. Europa sollte dennoch hinreichend Fähigkeiten zu friedenserzwingenden bzw. erhaltenden Fähigkeiten und Einsätzen besitzen, „um den endgültigen Verfall der Ordnung in der europäischen Peripherie zu verhindern.“ Diese sieht er als stark gefährdet an:

„Dabei dürfte (...) die Sahelzone die größte Herausforderung bleiben. Aber auch mit einer Destabilisierung der Balkan-Ordnung muss gerechnet werden, da hier Serbien als revisionistische Macht agiert. Auch die Türkei zeigt mit ihrer neosomanischen Politik unübersehbare revisionistische Tendenzen. (...)

Die Hauptherausforderung aber ist und bleibt auf unabsehbare Zeit Russland; um es von weiteren militärischen „Abenteuern“ abzuschrecken, bedarf es einer umfassenden Erneuerung der europäischen und damit auch der deutschen – Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung. Da die russische Armee durch die schweren Verluste, die sie im Ukrainekrieg erlitten hat, geschwächt ist, bleibt den Europäern hierfür ein Zeitfenster, das sie indes entschlossen nutzen müssen, um ihre Fähigkeiten auszuweiten und zu verbessern. (...)

Das heißt nicht, dass Deutschland sich in eine durchmilitarisierte Gesellschaft verwandeln muss. Aber dass die Europäer die Fähigkeit besitzen, den an den Fortbestand der politischen Ordnung Europas geknüpften Frieden zu sichern – und zwar mit militärischen Mitteln, nachdem das im Prinzip viel vernünftigeres Projekt eines Friedens mit immer weniger Waffen am neoimperialen Revisionismus der russischen Führung gescheitert ist.“

Jenseits eurozentrischer Denk- und Wahrnehmungsmuster nimmt **Christof Hartmann** einen Perspektivenwechsel vor, indem er fragt: „**Eine Zeitenwende auch für Afrika?**“



Der Ukrainekrieg aus der Perspektive des globalen Südens.“ Wie lässt es sich erklären, dass viele afrikanische Länder den russischen Angriffskrieg zwar verurteilen, eine Sanktionierung des Aggressors aber ablehnen?

Ogleich auf Seiten beider Kriegsparteien ausländische Freiwillige oder Söldner kämpfen, handelt es sich aus der Sicht des Südens um einen Krieg des Nordens.

Dass viele Länder des Südens Resolutionen zur Verurteilung des russischen Angriffskriegs nicht mittragen, sollte keinesfalls mit einer Billigung des russischen Vorgehens gleichgesetzt werden. Einerseits liegen sehr hohe Abhängigkeiten im Bereich der Waffenlieferungen vor und zudem fürchten viele Staaten die Kosten einer verschärften globalen Konzentration zwischen den westlichen Staaten und Russland bzw. China. Außerdem möchten sie vermeiden, durch ihre Zustimmung zu Sanktionen Präzedenzfälle für mögliche internationale Interventionen gegen ihre eigenen Regierungen zu schaffen. Hinzu kommt die hohe Abhängigkeit vieler Länder vom russischen Getreide und russischen Düngemitteln. Am drastischsten wirkte sich aber der weltweite Anstieg der Energiepreise aus. Insbesondere die Auswirkungen westlicher Sanktionen auf die Staaten des Südens werden heftig kritisiert. Die meisten Staaten möchten ihre diplomatischen Beziehungen zu Russland aufrechterhalten, zumal das Verhalten westlicher Staaten in der Covid-Pandemie zeigte, dass sich eher das Recht des Stärkeren durchsetzte. Kritisiert wird hier eine westliche Doppelmoral beim Umgang mit völkerrechtlichen Normen. Aus der Sicht des Südens verändert sich die internationale Ordnung stark und der Stellenwert des Westens wird abnehmen. Besonders scharf wird die Diskrepanz zwischen der Willkommenskultur für ukrainische Flüchtlinge und den viel geringeren Unterstützungen für Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan kritisiert. Hartmanns Fazit im Hinblick auf eine Unterstützung westlicher Initiativen fällt deshalb skeptisch aus: „Die militärische Zurückdrängung und die politische wie wirtschaftliche Isolierung Russlands wird (...) eine Aufgabe bleiben, an der sich die meisten Länder des globalen Südens (...) nicht beteiligen werden.“

Sebastian Hess analysiert, inwieweit Putins Krieg „**Auswirkungen auf die weltweite Nahrungsmittelversorgung**“ hat. Hess verweist eingangs auf die große Bedeutung der Ukraine und Russlands für wichtige Agrarprodukte. Neben den direkten Effekten durch ausbleibende Lieferungen von Nahrungsmitteln werden auch weitere Agrarmärkte indirekt betroffen. So sind etwa stickstoffhaltige Dünger Voraussetzung für hohe Erträge im Pflanzenanbau und tragen maßgeblich zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion bei. Ihre Herstellung – überwiegend mit Erdgas - ist besonders energieaufwändig.

Da Russland zu Beginn der Invasion 25% der globalen Erdgasexporte und 15 % der globalen Düngerexporte bestritt, hatte der Krieg unmittelbare Auswirkungen auf die Nahrungsmittelversorgung. Bei den politischen Reaktionen sticht das „Getreideabkommen“ hervor, durch das es für die Ukraine möglich wurde, aus drei Häfen über gesicherte Korridore Getreide zu exportieren, während Russland vor allem Düngemittel exportieren konnte. Hess zufolge hat das Abkommen zu einer erheblichen Beruhigung der Weltmärkte für Nahrungsmittel beigetragen. Aktuell zeigt es sich, „dass die Herausforderung für die Nahrungsmittelproduktion der kommenden Jahrzehnte darin bestehen wird, eine Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeitsbilanz ohne allzu weitergehende Ertragseinbußen umzusetzen.“ Hess empfiehlt eine Rückbesinnung auf „regio-

nale Wertschöpfungsketten“, ohne gänzlich auf die Vorteile eines möglichst ungehinderten Welthandels mit Agrarprodukten (nachhaltige Intensivierung der globalen Landwirtschaft) zu verzichten.

In der unübersichtlichen aktuellen Weltlage liefert diese Ausgabe von Deutschland und Europa grundlegende Artikel renommierter Autoren, in denen der didaktische Grundsatz des Überwältigungsverbots sorgfältig beachtet wird. Es werden viele unterschiedliche und kontroverse Zugriffsmöglichkeiten insbesondere auch über die integrierten Arbeitsaufträge und das im Moodle-Raum abrufbare Zusatzmaterial angeboten.

Sie eignen sich auch sehr gut für Referate in der Jahrgangsstufe 13. Artikel und Materialien ermöglichen eine intensive Beschäftigung mit zentralen Fragen der internationalen Beziehungen und bereiten eine politische Urteilsbildung zur aktuellen und zukünftigen Weltordnung auf der Basis unterschiedlicher Theorien der internationalen Beziehungen vor. Dass im Zusatzmaterial auch vielschichtige Tafelbilder (z. B. Charakterisierung der Weltlage auf der Basis unterschiedlicher Denkschulen / Vergleich der militärischen Macht von USA, China und Russland / Die Rolle Chinas in der „neuen Weltordnung“ / Frieden schaffen mit mehr Waffen? / Vergleich Realismus Pazifismus / Frieden, Freiheit und Sicherheit als komplexe Urteilkriterien) und Klausurvorschläge (z. B. Russlands wachsender Einfluss in der Sahelregion – wie sollte Deutschland reagieren?) sowie zusätzliche Quellentexte in der Kategorie „Ideen für den Unterricht“ (z. B. Zivilmachtverständnis / Strategische Souveränität / China-Politik / Hunger als Kriegswaffe / Russlands wachsender Einfluss in Afrika etc.) angeboten wird, erleichtert die unterrichtliche Nutzung der Materialien.